

ten“ erarbeitet haben? Gerade ein als „Handbuch“ konzipierter Band sollte diese Bereiche nicht aussparen!

Sicherlich ist es schwierig, 22 Beiträge auf ein gemeinsames Konzept zu verpflichten, das von Oral History bis Heimatstube und Flaggenkunde fünfunddreißig sehr unterschiedliche Gegenstände unter einem Generalthema vereinigt. (Und dieses Experiment, für das sich die Hrsg. bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Deutschen Historischen Institut in Warschau bedanken, kann man grundsätzlich als gelungen bezeichnen.) Es klingt daher ungerecht, wenn thematische Erweiterung angeregt wird. Und doch wäre es wünschenswert, neben den oben genannten deutschen Institutionen auch die Außensicht auf den Vertreibungsvorgang stärker in die Betrachtung einzubeziehen. Wie erinnern junge Menschen in – beispielsweise – Danzig (Gdańsk) die Geschichte ihrer Stadt und deren Bevölkerung? Welche Erinnerung an den deutschen Exodus wird in den Familien sogenannter „naturalisierter Polen“ weitergegeben? Wie gehen Polen in den sogenannten „wiedergewonnenen Gebieten“ mit der Geschichte ihrer Heimat um? Im tschechischen Boží Dar (Gottesgab) gedenkt man Anton Günthers, des erzgebirgischen „Heimatsängers“, der auch im vorliegenden *Handbuch* erwähnt wird (vgl. S. 285) – aber wie präsent ist allgemein in der Erinnerung von Tschechen das „verschwundene Sudetenland“? Das würde man auch gern erfahren. Wäre es nicht interessant, den Prager Bürgerverein „Antikomplex“ vorzustellen, der sich darum bemüht, die tschechische Erinnerung an Flucht und Vertreibung zu entideologisieren? So schließe ich der Lektüreempfehlung eine Schreibempfehlung an – nämlich die „Erinnerung an Flucht und Vertreibung“ auch aus Sicht der Vertreibungsgebiete zu behandeln, wie das in einem ersten Zugriff bereits 2001 Hubert Orłowski, Tadeusz Namowicz, Urszula Bonter und andere in *Landschaften der Erinnerung, Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht* versucht haben. Fast sieben Jahrzehnte nach dem historischen Ereignis sollte das möglich sein.

Plzeň

Elke Mehnert

Birgit Hofmann: Der „Prager Frühling“ und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968. (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert, Bd. 10.) Wallstein-Verl. Göttingen 2015. 472 S., Ill. ISBN 978-3-8353-1737-6. (€ 39,90.)

In ihrem Buch, das sich auf zahlreiche Quellen und eine umfangreiche Sekundärliteratur stützt, beschäftigt sich Birgit Hofmann mit der Frage, welche Bedeutung die tschechoslowakische Krise für die internationalen Beziehungen vor allem im Kontext der französischen und bundesdeutschen Ostpolitik hatte. An diesem Forschungsansatz orientiert sich auch die Struktur der Publikation. Die Kapitel, in denen die Situation vor 1968, die Reaktionen auf den „Prager Frühling“, die Intervention des Warschauer Paktes und deren Konsequenzen besprochen werden, sind nach einem ähnlichen Schema aufgebaut: Zuerst wird ein Überblick zu den Ereignissen gegeben, dann werden die Einstellungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland und zum Schluss die Reaktionen der beiden Staaten verglichen. In den Kapiteln über die Intervention des Warschauer Paktes und deren Folgen bespricht H. ausführlicher die Reaktion anderer Staaten, wobei sie ein besonderes Gewicht auf die USA legt. Der Leser könnte erwarten, dass die Reaktionen der westlichen Staaten ausführlicher geschildert werden. Bisweilen geht die Darstellung über den französischen und bundesdeutschen Kontext hinaus, dieser bleibt aber ein grundsätzlicher Bezugspunkt.

Die Verwendung des Begriffs „der Westen“ ist – meiner Meinung nach – wissenschaftlich nicht begründet. Zeitlicher Ausgangspunkt sind für H. die 1960er Jahre. Frankreich und die Bundesrepublik waren in der damaligen Politik zwei sehr unterschiedliche Akteure und lassen sich schwerlich als Vertreter eines breit verstandenen Westens (z. B. der NATO-Staaten) oder als Hauptarchitekten von dessen Ostpolitik betrachten. Beide Staaten gewannen erst viel später in den Strukturen vor allem des europäischen (EWG, EU), aber

auch des transatlantischen Westens an Bedeutung. Paris verfolgte Mitte der 1960er Jahre eine „eigene“ Außenpolitik, die an der Stärkung seiner Position weniger in den europäischen als vielmehr in den globalen Beziehungen orientiert war, und distanzierte sich von der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, obwohl Frankreich in den politischen Strukturen des Bündnisses vertreten war. Verglichen damit war die Bundesrepublik zu dieser Zeit auf der Ebene der internationalen Beziehungen immer noch ein Staat mit begrenzten Möglichkeiten und kein UNO-Mitglied. Die Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde nicht zur Gänze vollzogen – was sich auch auf die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten auswirkte, und die Ostpolitik sollte der Bundesrepublik eine größere Beteiligung an den internationalen politischen Beziehungen sichern.

Kritisch zu hinterfragen ist H.s Problemstellung – d. h. die Annahme, dass Frankreich und die Bundesrepublik in der Mitte der 1960er Jahre eine „gemeinsame Ostpolitik“ (S. 54) bzw. „deutsch-französische Ostpolitik“ (S. 48) angegangen seien, die mit dem Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei an ihr Ende gekommen sei. Der Begriff „gemeinsame Ostpolitik“ wäre angebracht, wenn diese Politik gemeinsam gestaltet worden wäre und die beiden Staaten ihre diplomatischen Maßnahmen miteinander abgesprochen hätten. Aber nichts dergleichen geschah: Bilaterale Konsultationen fanden zwar statt, waren aber nicht weit fortgeschritten, was H. jedoch nicht erwähnt. Das Argument (dem man natürlich zustimmen kann), dass beide Staaten ein gemeinsames Ziel – nämlich eine Annäherung der beiden Blöcke – anstrebten (S. 52), zeugt noch nicht von einer koordinierten Politik. Die langfristigen Ziele waren doch unterschiedlich, nicht selten konkurrierten die beiden Staaten miteinander. Schon der Aufbau dieser Publikation widerspricht der von H. angenommenen Existenz einer gemeinsamen Ostpolitik, vergeleicht sie doch die französische Politik mit der bundesdeutschen, wobei der Vergleich durchaus interessant ausfällt.

Die Autorin hätte die unterschiedlichen Bedingungen der französischen und der bundesdeutschen Ostpolitik besser darlegen können, wenn sie auf den unterschiedlichen Charakter der Beziehungen der beiden Staaten zum Osten hingewiesen hätte. Das Verhältnis Frankreichs war frei von ernsthaften Belastungen, im Osten herrschte sogar eine eigenartige Sympathie für Frankreich und die französische Kultur. Die Bundesrepublik dagegen unterhielt Mitte der 1960er Jahre keine diplomatischen Beziehungen zu den Ostblockstaaten (mit Ausnahme der Sowjetunion). Die Erinnerung an den Zweite Weltkrieg war in diesem Teil Europas noch sehr lebendig, was es den kommunistischen Regimes erleichterte, die deutsche Frage innen- und außenpolitisch auszunutzen. 1967 einigten sich die Ostblockstaaten (einige mehr, einige weniger bereitwillig) auf Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik, die Rumänien vorschnell realisierte. Es verwundert also nicht, dass die intensive Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der Tschechoslowakei im Frühling und Sommer 1968 für viel Ärger in den Ostblockstaaten und in Moskau sorgte. Die Situation einer ideologischen Bedrohung trug dazu noch bei – die Partei- und Staatsführungen in diesen Ländern sahen den von der tschechoslowakischen Regierung angekündigten Reformen mit Sorge entgegen.

Wenn man die Ostpolitiken Frankreichs und der Bundesrepublik sowie die Unterschiede bei deren Realisierung in einen breiteren Kontext stellt, muss H.s Vorwurf, dass Frankreich seine Ostpolitik nach 1968 nicht modifiziert habe, ahistorisch erscheinen. Eigentlich gab es dafür keinen Anlass. Die französische Ostpolitik wurde von den Ostblockstaaten nicht als Bedrohung empfunden. Ich glaube nicht, dass die Behauptung der Vf., Frankreich sei auf die Blocktrennung fixiert gewesen, begründet ist. Französische Politiker zogen einfach die damaligen geopolitischen Tatsachen in Betracht und erkannten zu Recht, dass eine Diplomatie an der sowjetischen Führung vorbei, wie sie die Bundesrepublik betreiben wollte, zu dieser Zeit nicht möglich war.

Ihrerseits hat auch die Bundesrepublik die Realitäten der Blocktrennung Europas anerkannt, was die Autorin nicht erwähnt. Die bundesdeutsche Ostpolitik nach 1968 war in

erster Linie nach Moskau ausgerichtet. Als Beispiel kann man den Warschauer Vertrag zwischen Polen und der Bundesrepublik anführen. Der Vertrag war schon in Umrissen verhandelt worden, aber zuerst musste der Moskauer Vertrag unterschrieben werden, und Polen hatte zu warten.

Die besprochene Publikation kann als eine wichtige Stellungnahme in der Diskussion um den Prager Frühling angesehen werden. Sie ist informativ und veranlasst zu weiteren Überlegungen.

Warszawa

Wanda Jarząbek

Michael Zok: Die Darstellung der Judenvernichtung in Film, Fernsehen und politischer Publizistik der Volksrepublik Polen 1968-1989. (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 34.) Verlag Herder-Institut. Marburg 2015. X, 328 S. ISBN 978-3-87969-387-0. (€ 57,-.)

Die Monografie von Michael Zok umfasst ein wichtiges Feld der polnischen Erinnerungskultur. Z.s Hauptargument, die Massenmedien der späten Volksrepublik Polen hätten das polnische Leid und Heldentum in den Vordergrund gestellt und die jüdische Perspektive verdrängt, ist nicht neu. Seine Darstellung bietet allerdings einen nützlichen Hintergrund für Analysen aktueller geschichtspolitischer Prozesse in Polen. Über den Film *Długa noc* (Eine lange Nacht) (1967, Regie: Janusz Nasfeter) schreibt der Vf. etwa: „Insbesondere eine mögliche negative ausländische Rezeption wurde antizipiert, da [befürchtet wurde], dass der Film negative Stereotype der polnischen Gesellschaft, die im Westen existieren, verstärken würde“ (S. 92). Diese Rhetorik gehört bis heute zum Mainstream der polnischen Öffentlichkeit. So beklagten rechtskonservative Publizisten und Politiker nach dem internationalen Erfolg von *Ida* (2013), dass der Film im Ausland das ungerechtfertigte Stereotyp der Polen als Antisemiten perpetuiere, und forderten die Ergänzung eines Informationstextes zu Anfang des Films, der auf die deutsche Täterschaft und die polnischen Opfer im Zweiten Weltkrieg hinweist. Mag der Vf. auf solche Kontinuitäten zwar kaum eingehen, so bietet sein Buch doch die Möglichkeit, aktuelle Diskussionen in eine historisierende Perspektive zu stellen.

Obleich der Titel des Buches die Gleichstellung von Film, Fernsehen und politischer Publizistik ankündigt, konzentriert sich Z. auf die televisuellen Erinnerungen an die Judenvernichtung. Dies ist eine durchaus sinnvolle Entscheidung, denn die Geschichte des polnischen Fernsehens ist eine vergleichsweise vernachlässigte Disziplin. Dabei handelt es sich um ein Massenmedium, das die Erinnerungskultur maßgeblich prägte, insbesondere in dem von Z. analysierten Zeitraum. Im Gegensatz zu westlichen Staaten, in denen das Fernsehen bereits in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine große Rolle spielte, gewann das Medium in Polen erst ab Ende der 1960er Jahre an politischer Relevanz.

Folglich bespricht Z. Kinofilme und die politische Publizistik nur am Rande. Dem Buch liegt eine gründliche Archivrecherche zugrunde, was bei film- und medienwissenschaftlichen Arbeiten keinesfalls die Regel ist. Besonders beeindruckt die Darstellung der Zuschauerreaktionen, die hauptsächlich auf der Grundlage der Briefbestände des Archivs des Polnischen Fernsehens (TVP) zusammengestellt wurden. Das kulturelle Gedächtnis manifestiert sich nämlich nicht nur in Texten, Filmen und Sendungen, sondern vor allem auch an der Schnittstelle zwischen den einzelnen Werken, ihren Produzenten bzw. Auftraggebern und dem Publikum. Z. hebt dies in der Einführung hervor und verfolgt, sofern es die Quellenlage erlaubt, konsequent die unterschiedlichen Produktions- und Rezeptionskontexte. Es wäre zu wünschen, dass seine Forschungsergebnisse zu den Zuschauerreaktionen auf die einzelnen Filme auch in polnischer Sprache veröffentlicht werden.

Trotz der imponierenden Zusammensetzung von Quellen, Literatur sowie Film- und Sendungsbeispielen gibt es auch einige Punkte, die zu bemängeln sind. Insbesondere die sperrige Gliederung erschwert die Lektüre. Jedes Filmbeispiel wird separat besprochen, sodass wichtige zeit- und werkübergreifende Themen nicht auf den Punkt gebracht werden